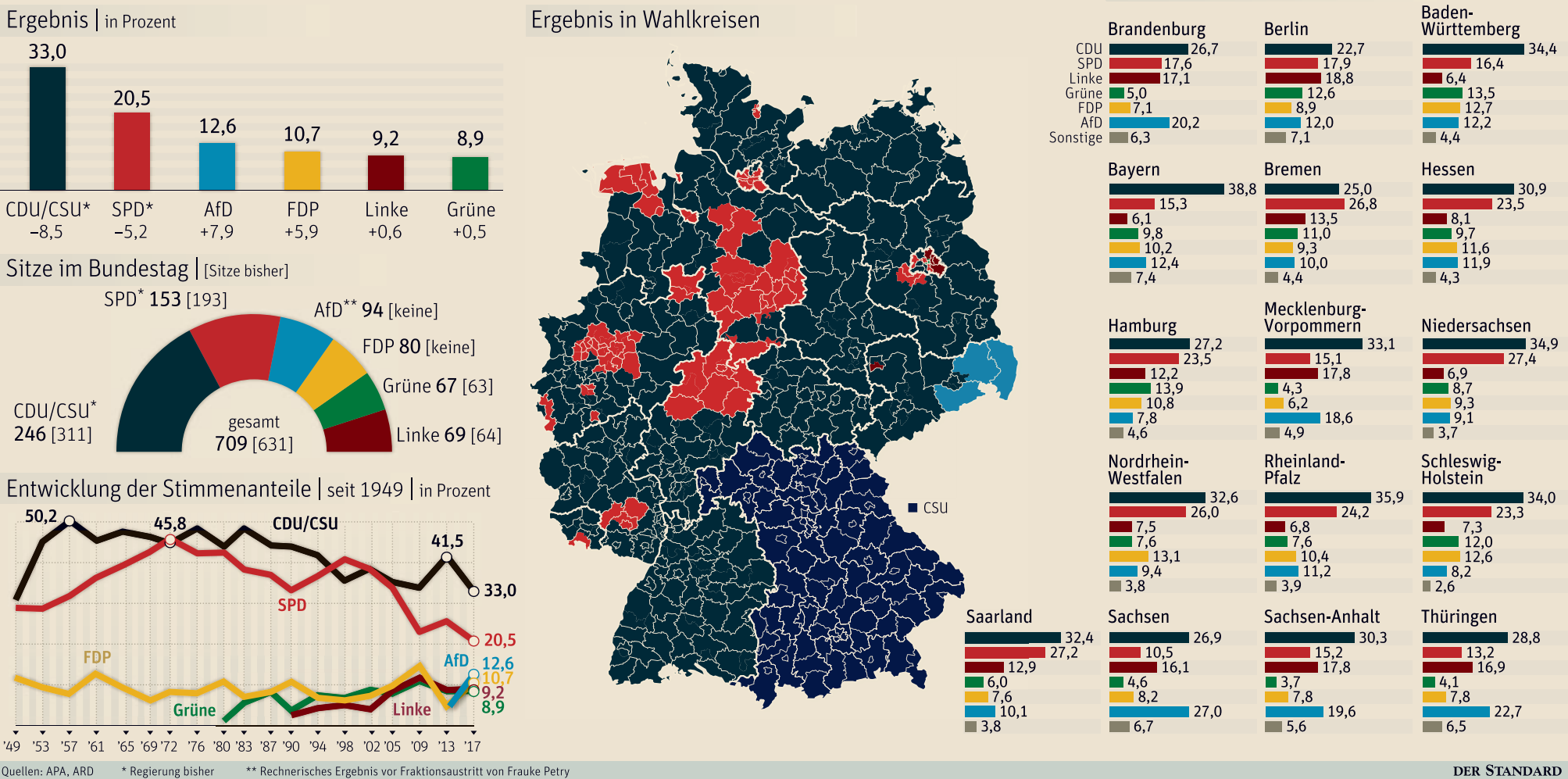


Merkel sucht nach roter Alternative zu Schwarz-Gelb-Grün

Vorläufiges amtliches Ergebnis der Bundestagswahl in Deutschland



Die SPD schmollt in ihrem Oppositionseck

Birgit Baumann aus Berlin

Für einen kurzen Moment blickt Angela Merkel wehmütig auf den Blumenstrauß, den ihr Generalsekretär Peter Tauber eben überreicht hat. Es stecken, in ein wenig Grün, fast ausschließlich rote Blumen.

Das hätte Merkel auch für die Koalitionsbildung gerne: dass ihr die Roten entgegenkommen. Aber darauf deutet am Tag eins nach der Wahl nichts hin. Und zunächst muss ja die schwarze Union überhaupt erst einmal intern klären, wohin sie will.

Aus München kommen keine ermunternden Signale. Die CSU hat mehr als zehn Punkte verloren, sie rauschte – im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 – von knapp 50 Prozent auf 38,8 Prozent. Das ist das zweitschlechteste Ergebnis seit 1949 bei Bundestagswahlen. Ex-CSU-Chef Erwin Huber spricht von einer „Katastrophe“, Bayerns Finanzminister Markus Söder von einer „epochalen Herausforderung“.

Kaum tagen am Montagvormittag die Gremien, machen wilde Gerüchte die Runde: Seehofer wolle die traditionelle Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU im Bundestag auflösen. Später dementiert er dies. Er spricht jedoch von einer „herben Enttäuschung“ – und man merkt, dass er unter Druck steht. Schließlich will er im Herbst 2018 die Absolute der CSU bei der bayerischen Landtagswahl verteidigen.

In Berlin ist Merkel dennoch um Normalität bemüht. „Ich werde zeitnah mit Horst Seehofer

Angela Merkel ahnt, dass Jamaika kein Zuckerschlecken wird – wenn die Koalition überhaupt zustande kommt. Sie will daher Kontakt zur SPD halten. Diese aber ist im Oppositionsmodus.

sprechen, wir werden gemeinsam agieren, ich sehe dem positiv entgegen“, sagt sie. „Grundsätzliche Lehren“ aus der Wahl werde man erst nach der Niedersachsen-Wahl am 15. Oktober ziehen. Erst dann werde die CDU in einer Klausur „vertieft“ über die Gründe für das schlechte Abschneiden der Union beraten, so Merkel nach Sitzungen der CDU am Montag.

Das weitere Vorgehen beschreibt sie so: „Wir werden das Gespräch suchen mit den Grünen und der FDP, aber auch mit der SPD.“ Sie habe natürlich vernommen, dass SPD-Chef Martin Schulz seine Partei nun in die Opposition führen wolle und für keine Koalition bereit sei. Merkel:

„Trotzdem sollte man im Gesprächskontakt bleiben.“

Schulz hatte ja am Wahlabend kurz nach 18 Uhr schon erklärt, die Sozialdemokraten würden in Opposition gehen. In der Elefantenrunde im Fernsehen griff er dann Merkel scharf an: „Ich glaube, dass Frau Merkel einen Wahlkampf geführt hat, der skandalös war.“

Schuld an Stärke der AfD

Sie trage Verantwortung für das Erstarken der AfD, so Schulz. Denn: „Diese systematische Verweigerung von Politik hat ein Vakuum entstehen lassen, das die AfD teilweise geschickt gefüllt hat.“ Am Montag wird Schulz gefragt, ob er

felhafte Verdienst von Frau Merkel. Jetzt soll sie die Suppe auch auslöffeln, die sie sich selbst eingebrockt hat.“ Eine Personalentscheidung aber hat die SPD getroffen: Arbeitsministerin Andrea Nahles wird neue Fraktionschefin im Bundestag.

Im Bett mit Merkel

Doch es gibt willigere potenzielle Koalitionspartner als die SPD für Merkel. Sowohl die Grünen als auch die FDP erklärten sich grundsätzlich bereit, mit der Union eine Jamaika-Koalition zu bilden. Beide betonten natürlich, sie wollten nicht um jeden Preis regieren. Allerdings sind auch warnende Stimmen zu hören. So sagt Thüringens FDP-Vorsitzender Thomas Kemmerich: „Wer sich mit dieser Bundeskanzlerin ins Bett legt, kommt darin um.“

Internationale Pressestimmen,
Kolumne Paul Lendvai Seite 27
Kommentar, Kopf des Tages Seite 28

Jamaika liegt derweil noch unerreicht im rauen Meer

Differenzen zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen gibt es vor allem in der Flüchtlings- und Klimapolitik



Daniel Günther (CDU) ist zurzeit ein gefragter Mann. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein ist der Einzige, der aktuell mit einem Jamaika-Bündnis regiert. Seine CDU bildet seit Juni im nördlichsten Bundesland Deutschlands mit Grünen und FDP die Landesregierung.

Dort haben CDU, FDP und Grüne bei der Bundestagswahl über dem Bundestrend abgeschnitten. „Die Theorie, dass solche Bündnisse die Stammwählerschaft verschrecken, scheint sich in Schleswig-Holstein nicht zu bewahrheiten“, sagt Günther.

Allerdings: In Schleswig-Holstein wurde Jamaika aus drei Parteien gebildet. Im Bund wären es gleich vier: CDU, FDP, Grüne und – nicht zu vergessen – die CSU aus Bayern. Letztere hat bei der Bundestagswahl am Sonntag kräftig verloren, was Verhandlungen nicht gerade erleichtern dürfte. Bei folgenden Punkten liegen die Parteien auseinander:

■ **Flüchtlinge** Hier müssten zunächst einmal CDU und CSU einen gemeinsamen Nenner finden. Nach wie vor beharrt die CSU ja auf einer Obergrenze von 200.000 Neuankommenden pro Jahr, Kanzlerin Angela Merkel hingegen lehnt dies strikt ab.

Doch auch zwischen Grünen und FDP gibt es unterschiedliche Haltungen. Die Grünen wollen beim Familiennachzug großzügiger sein, die Liberalen pochen darauf, dass Kriegsflüchtlinge nur einen „vorübergehenden humanitären Schutz“ bekommen, der „auf die Dauer des Krieges“ begrenzt ist.

■ **Klimaschutz** Die Grünen wollen rasch die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke in Deutschland abschalten und ab 2030 keine Neuzulassungen für Autos mit Verbrennungsmotoren. Die Liberalen hingegen halten fossile Energieträger „auf absehbare Zeit“ für unverzichtbar. Auch

CDU und CSU wollen nicht so schnell auf neue Energieträger setzen wie die Grünen.

■ **Europa** Eine mögliche Regierungsbeteiligung der FDP sorgt beim französischen Präsidenten Emmanuel Macron bereits für Besorgnis. Denn zu finanzieller Solidarität sind die Liberalen nicht unbedingt bereit. „Eine Transferunion, bei der die reichen Staaten wie Deutschland für die armen zahlen, ist mit der FDP nicht zu machen“, sagt FDP-Chef Christian Lindner.

Die Grünen wiederum lehnen das Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Verteidigung auszugeben, ab; die Union bekennt sich klar dazu.

■ **Sicherheit** Die Front verläuft zwischen der Union auf der einen und FDP wie Grünen auf der anderen Seite: Die Union möchte gerne mehr Daten speichern, als es Grüne und FDP zulassen wollen.

■ **Soziales** Hier stehen grüne Wünsche im Gegensatz zu jenen der FDP und der Union. Die Grünen wollen, dass alle Bürger in eine Bürgerversicherung einzahlen (Pensionen und Krankenkassen). Union und FDP hingegen bestehen auf einem Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen und wollen auch am Pensionssystem keine grundlegenden Änderungen.

■ **Jobbesetzungen** Es dürfte auch nicht einfach werden, alle Personalwünsche zu erfüllen. Die FDP liebäugelt mit dem Finanzministerium, doch ob Merkel ihre „Stütze“ Wolfgang Schäuble aufgeben würde, ist fraglich. Für viele Grüne ist ein Innenminister aus Bayern inakzeptabel. Aber CSU-Chef Horst Seehofer hatte schon im Wahlkampf klargemacht, dass Joachim Herrmann Innenminister werden soll. Er hat übrigens kein Bundestagsmandat und wird möglicherweise ohnehin noch in Bayern gebraucht. (bau)